RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Landwirtschaft und Weinbau
Herrn Arnold Schmitt, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

**DER MINISTER**
**Dr. Volker Wissing**
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2201
Telefax 06131 16-2170
poststelle@mwvlw.rlp.de
www.mwvlw.rlp.de

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/6720
VORLAGE

10. Juni 2020

**Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau am 14. Mai 2020**
TOP 3 „Vorschläge der Borchert-Kommission"
Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT – Vorlage 17/6254

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der vorgenannte Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau am 14. Mai 2020 mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt. Gemäß diesem Beschluss berichte ich wie folgt:

In den „Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung" werden sowohl die Ausgangssituation, in der sich weite Teile der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in Deutschland befinden, als auch die Folgen eines „Weiter so!" deutlich beschrieben.

Die daraus abgeleiteten Empfehlungen können hinsichtlich der Änderungen der Haltungsbedingungen für Nutztiere und der Finanzierung als ambitioniert und weitgehend bezeichnet werden. Die Voraussetzungen für eine Umsetzung der Empfehlungen werden deutlich benannt. Das Papier geht auf verschiedene Aspekte der Erzeugung von Lebensmitteln tierischen Ursprungs, der Marktsituation sowie des Verbraucherverhaltens ein. Die Begründung für die notwendigen Änderungen werden in der Umweltbelastung durch die z. T. starke regionale Konzentration der Tierhaltung, den hohen Ressourcenanspruch und die stärkeren Auswirkungen auf das Klima im Vergleich zu einer Ernährung mit pflanzlichen Lebensmitteln sowie den Einsatz aus Tierschutzsicht kritischer Verfahren der Haltung und Zucht von Nutztieren gesehen.

Die Verfasser des Papiers halten einen starken Ausbau einer zielorientierten staatlichen Förderpolitik für erforderlich, da die Kosten eines höheren Tierwohlniveaus nur zu geringen Teilen am Markt erlöst werden können. Hintergrund sind die offenen

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU

Märkte sowohl innerhalb der EU wie zunehmend auch an den EU-Außengrenzen und die begrenzte Zahlungsbereitschaft der Verbraucher. Eine Finanzierungsstrategie soll eine Erhöhung der Wertschöpfung pro Produkteinheit erlauben und potentielle Mengenrückgänge ausgleichen. Gleichzeitig sollen die politischen Anstrengungen zur verpflichtenden Tierwohlkennzeichnung und die umfassende Tierwohlförderung im Rahmen der GAP auf EU-Ebene verstärkt werden, um möglichst transparente Rahmenbedingungen im EU-Binnenmarkt zu schaffen.

Weiterhin werden Zielbilder für ein hohes Tierwohlniveau und akzeptable Umweltbedingungen, inkl. einer Bezifferung der Kosten, und tierartenspezifische Zeitpläne für Schritte in Richtung dieser Zielbilder angeführt.

Kritisch zu hinterfragen ist u. a. der vorgeschlagene Ausgleich der höheren Kosten tiergerechter Haltungsverfahren in Höhe von 80 – 90 % bei gleichzeitiger Ausnutzung der „marktseitigen Wertschöpfungspotentiale". Inwieweit bei dem vorgeschlagenen Konzept der Preismechanismus wirksam bleibt und die Preise für Waren sich am Markt durch Angebot und Nachfrage ergeben, erscheint fraglich. Förderrechtlich zu diskutieren ist der Vorschlag der Borchert-Kommission, dass eine Tierwohlprämie auch dann ausgezahlt werden soll, wenn der ordnungsrechtliche Rahmen der Tierhaltung den o.g. Zielbildern angepasst wird.

Der Strukturwandel in der landwirtschaftlichen Tierhaltung wird durch die vorgeschlagenen Maßnahmen voraussichtlich nicht verringert, da größere und erfolgreiche Unternehmen die Fördermaßnahmen schneller und umfassender nutzen und umsetzen können. Dies ist nicht notwendigerweise negativ einzuordnen, wenn es dazu führt, dass landwirtschaftliche Tierhaltung in Deutschland, wenn auch mit hoher Förderung, betrieben werden kann. Inwieweit die Empfehlungen umgesetzt werden können, lassen die Verfasser offen. Dies wird auch daran deutlich, dass von den Verfassern selbst die Erstellung einer Machbarkeitsstudie und Folgenabschätzung vorgeschlagen wird.

Die höchsten Hürden für die vorgeschlagene Transformation der Tierhaltung dürften das von den Verfassern bevorzugte Konzept einer mengenbezogenen Abgabe auf Lebensmittel tierischen Ursprungs, die staatliche Finanzierung, z. B. die Investitionsförderung und dauerhafte Förderung der laufenden Kosten, der Verwaltungsaufwand für die Umsetzung sowie die beihilferechtlichen Genehmigungen sein.

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, VERKEHR,
LANDWIRTSCHAFT
UND WEINBAU

Die Empfehlungen machen deutlich, dass Verbesserungen in der Tierhaltung sowohl eine gesellschaftliche Forderung als auch fachwissenschaftlich angezeigt sind. Die dafür anfallenden Kosten aber nicht über die Zahlungsbereitschaft der Verbraucher zu decken ist. Die Vorschläge zur Finanzierung dieser Lücke müssen fachlich geprüft und diskutiert werden.

Der Bund hat angekündigt, die Empfehlungen mit den Ländern diskutieren zu wollen und plant eine zusätzliche Machbarkeitsstudie sowie eine Folgenabschätzung.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung wird sich an diesem Diskussionsprozess natürlich gerne aktiv beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Volker Wissing